

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graubmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Verbreitung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Kallenberg & Boller, G. S. Dörm,
Invalidenten: Berlin, Bern, Dr. Mar. Gerstmann,
Eberhard B. Thies, Greifswald G. Wille, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg, J. B. Neuberger, A. Stein,
William Witten, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Helm. Fischer, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Gesekentwurf, betreffend die
Regelung der Richtergehälter.

Der dem Landtage vorgelegte Entwurf eines
Gesetzes, betreffend die Regelung der Richter-
gehälter, steht in engem Zusammenhang mit
der geplanten Gehaltsaufbesserung. Ihre Durch-
führung macht Änderungen der jetzt für die
Gehaltsregelung in den Richtern maßgebenden
Grundsätze notwendig, und diese können nach
der bestehenden Rechtslage nur im Wege der
Gesetzgebung erfolgen. Die Begründung des
Entwurfs erkennt an, daß die Gehaltsregelung
nach Dienstaltersstufen die naturgemäße Grund-
lage der Reform bilden würde. Für die Land-
und Amtsrichter wird aber dies System als
undurchführbar bezeichnet, so lange nicht eine
Beschränkung in der Zahl der Amtsrichter für das
Landesamt sich ermöglichen lasse. Dabei wird
mitgeteilt, daß die Zahl der Referendare am
1. Juli v. J. 3506 erreicht hat und in Folge
hieraus ein erhebliches weiteres Hinausschieben des
Termins für die erste Anstellung in sichere Aus-
sicht gestellt. Die jetzigen Ungleichmäßigkeiten
in den Gehaltsverhältnissen verschiedener Ober-
landesgerichtsbezirke soll dadurch abgehoben wer-
den, daß an Stelle der getrennten Ortsverbände
für die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke ein
gemeinsamer, die ganze Monarchie umfassende
Verband der Land- und Amtsrichter gebildet
wird. In diesen Verband sollen auch, entsprechend
einer im vorigen Jahre im Abgeordnetenhaus
gegebenen Anregung, die Staatsanwälte, und
zwar unter völliger Gleichstellung im Gehalte
mit den Richtern, aufgenommen werden. Ent-
scheidend wird, wie in der Begründung
erwähnt wird, bei der Natur des staatsanwalt-
schaftlichen Dienstes in der Regel Staatsanwälte
auf den höheren Gehaltsstufen nur in sehr be-
schränkter Zahl vorhanden sein, so daß eine Be-
schränkung der Richter durch die Maßregel
ausgeschlossen ist. In dem Verordnungsverhältnis
soll die Reihenfolge nach dem durch die große
Staatsprüfung bestimmten sogenannten richter-
lichen Dienstalter (also nicht nach der Anstellung)
richtig sein. Für die übrigen höheren Justiz-
beamten mit aufsteigenden Gehältern ist, soweit
es nicht (wie bei den vortragenden Räten) schon
gilt, das Dienstalterssystem in Aussicht ge-
nommen; der Gesekentwurf regelt seine Ein-
führung für die Senatspräsidenten bei den
Oberlandesgerichten, Landesgerichtspräsidenten, Ober-
landesgerichtsräte und Landesgerichtsdirektoren.
Wegen der Verschiedenheit des Gehaltsystems
für die unterste und die höheren Stufen des
Richteramtes hat von einer Vereinigung des Ver-
hältnisses abgesehen werden müssen, daß bei der
Beförderung eines Land- oder Amtsrichters, dessen
Gehalt das Mindestgehalt der Oberlandesgerichts-
räte oder Landesgerichtsdirektoren übersteigt, der
Beförderung einen Gehaltsverlust bedeutet.
Gehend für die Gehaltsbemessung bei diesen
höheren Stellen ist vielmehr allein der
Tag der Anstellung in der betreffenden
Gehaltsklasse. Die Einzelheiten des Ent-
wurfs sind technisch Natur; sie stehen sich hin-
sichtlich der Land- und Amtsrichter an das be-
stehende Recht, hinsichtlich der anderen richter-
lichen Beamten an die in den übrigen Dienst-
zweigen schon geltenden Grundzüge für das
Dienstalterssystem an. Außerdem ist der
Rechtsanspruch der Richter auf Verleihung der
ihnen zukommenden Gehaltszulagen anerkannt.
Eine der Begründung beigegebene Denkschrift
erläutert die finanzielle Ausgestaltung des Planes
im Einzelnen. Für die Richter, deren Gehälter
nach Dienstaltersstufen geregelt werden, sind zwei
Gehaltsklassen beabsichtigt. Die erste Klasse um-
faßt die Senatspräsidenten bei den Oberlandes-
gerichten, die Landesgerichtspräsidenten und die
Oberstaatsanwälte. Das Gehalt steigt von
7500 Mark in 12 Jahren bis zu 11.000 Mark
(gegenwärtig nur bis 9900 Mark); die Höhe
der dreijährigen Zulagen beträgt dreimal 900
Mark und einmal 800 Mark. Die zweite
Klasse, der die Oberlandesgerichtsräte, Landes-
gerichtsdirektoren und ersten Staatsanwälte an-
gehören, beginnt mit einem Gehalte von 5400
Mark, das mittels dreier Zulagen von je 600
Mark in 9 Jahren auf 7200 Mark ansteigt.
Gegen den gegenwärtigen Zustand tritt, ab-
gesehen von der Erhöhung des Mindest-
Gehalts (zur Zeit nur 4800 und 6600
Mark), eine beträchtliche Abkürzung des Zeit-
raums bis zur Erreichung des Höchstgehalts ein.
Für die Land- und Amtsrichter, sowie die
Staatsanwälte sind Gehälter von 3000 bis 6300
Mark (statt der bisherigen von 2400 bis 6000
Mark für die Richter und 2400 bis 4800
Mark für die Staatsanwälte) vorgesehen, und
zwar sollen acht Gehaltsklassen (3000, 3500,
4000, 4400, 4900, 5300, 5800, 6300 Mark) gebildet
werden, deren jede rund 500 Beamte umfaßt.
Die Zeit, in der die einzelnen Gehaltsklassen
durchlaufen werden, richtet sich bei dem hier be-
vorzogenen System nach dem Dienstalter der
jeweilig vorhandenen Beamten. Nach der Dienst-
altersstufe vom 1. Oktober 1896 würde, wenn
damals die neue Gehaltsregelung schon in Kraft
gestanden hätte, der jüngste Richter der obersten
Gehaltsklasse (6300 Mark) ein richterliches
Dienstalter von 29 Jahren 11 Monaten gehabt
haben, während gegenwärtig das Dienstalter des
jüngsten Beamten mit 6000 Mark Gehalt in
einigen Bezirken über 34 Jahre, in einem Be-
zirke sogar 39 Jahre 9 Monate, in einem Be-
zirke sogar 32 Jahre 2 Monate beträgt. Der durch
die Vorlage in Verbindung mit dem Gehalts-
aufbesserungsplane erforderliche Mehrbedarf wird
berechnet:
Bei Gehaltsklasse 1 auf . . . 89.900 Mk.,
bei Gehaltsklasse 2 auf . . . 833.300 Mk.,
bei den Land- und Amtsrichtern,
sowie bei den Staatsan-
wälten auf . . . 1.948.400 Mk.,
zusammen auf . . . 2.366.600 Mk.

Nur Duell-Verordnung.

Die Kabinettsordre des Kaisers über die
Zweifkämpfe im Duell ist gestern im Reichsan-
zeiger veröffentlicht worden. Das gleichartige Vor-
gehen des Kaisers und des Prinzregenten von
Bavaria wird vielfach auf einen Wunsch zurück-
geführt, den hier während der parlamentarischen
Verhandlungen der bayerische Kriegsminister,
Generalleutnant Frhr. v. Witz, abgelehnt haben
soll. Bereits vor einigen Wochen hatte in einem

bestimmten Falle der Prinzregent Luitpold ver-
fügt, daß eine grundsätzliche theoretische Erklä-
rung gegen den Zweifkampf den Verlust der
Offiziersqualifikation künftig nicht mehr nach sich zu
ziehen habe.
Es liegen heute weitere Bestimmungen vor.
Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt:
Die Wirksamkeit der neuen Bestimmungen
über die Behandlung der Duell im Offizierskorps
wird, so lautet das allgemeine Urteil, durch die
Art ihrer Handhabung bedingt sein. Daß es be-
züglich dieser nicht an dem nötigen Ernst und
Nachdruck fehlen wird, geht aus dem Geiste her-
vor, aus dem die Ordre erlassen ist. Der
Kaiser hat sich selbst zum unmittelbaren Väter
einer gefunden Ehrenaufstellung in seinem Offi-
zierskorps gesetzt, und in der Übernahme dieses
pflichterfüllenden Amtes liegt auch die Gewähr, daß
nicht nur der feste Wille vorhanden ist, den
neuen Bestimmungen Achtung zu verschaffen,
sondern auch die Kraft, das Widerstreben aller
Bourgeoisie zu zerbrechen. Diese kaiserliche Miß-
sion wird ein weites Feld der Arbeit vor allem
aus dem Felde gewinnen, welches in folgenden
wenigen Worten der Ordre ungenügend ist: durch
die Ausführung des ehrenrätlichen Ausgleichs-
vorschlages oder die Feststellung, daß die Ehre
der Beteiligten unberührt geblieben, ist der
Streitfall vollständig erledigt, nicht nur zwischen
den Beteiligten selbst, sondern auch dem Offi-
zierskorps gegenüber! Damit ist eine Wehr er-
richtet gegen die zähe Waffe aller Bourgeoisie,
welche, aus der Deckung eines widerstrebenden
„Milieus“ hervorquellend, die Durchführung der
Ordre nach den Intentionen, aus denen
sie erlassen ist, auf das schwerste beeinträchtigen
kann.
Es ist weiter in Betracht zu ziehen, daß die
meisten und besonders ausführenden Offizierskorps
nicht innerhalb des aktiven Offizierskorps
stehen. Im Gegenteil, im Duell ist ein
fortgesetzter Kampf der Zweifkämpfe festgestellt.
Sie haben sich gehäuft und zu besonders uner-
wünschter Erweiterung und berechtigter Beschwerde
Anlaß gegeben, namentlich wo Seeres- und
Bürgerinteressen sich begegnen, im Kreise der Re-
servenoffiziere bei Weltum mehr noch als in der
Verbindung zwischen aktiven Offizieren und dem
„Zivil“. Was zunächst das Verhalten des Re-
servenoffiziers betrifft, so gilt für ihn hinfür
dasselbe wie für den Offizier; er hat weder einen
anderen Referenzoffizier noch einen Bürgerlichen
zu fordern, ehe er dem Ehrenrat die Streitfrage
unterbreitet hat. Damit wird, wenn der Ehren-
rath nicht gegen den in der Ordre sich offen-
sichtlich betreuenden kaiserlichen Willen verstoßen
wird, vorab all jene Fälle unmöglich, als deren
Typus folgender zu traurigem Ruhm gelangt
ist: daß der Richter, der in Ausübung
seines Amtes dem Angeklagten oder dem
Zeugen einen Vorhalt macht, von diesem, der
Referenzoffizier ist, gefordert und als „Ramerad“
welchem Rechtsbruch sich zu unterwerfen genötigt
wird. Für die Zukunft wird der Ehrenrath in
der Lage sein, dem Herausforderer klar zu
machen, daß er nicht berechtigt ist, in Ausübung
seiner bürgerlichen Pflichten sich auf seine Eigen-
schaft als Mitglied des Offizierskorps zurückzu-
ziehen, am allerwenigsten unter Umständen, die
in analogen Fällen in der Armee ein Duell
ausgeschlossen. Denn es ist dem Offizier ver-
boten, aus amtlichen Vorgängen den Anlaß zum
Zweifkampf herbeizuführen. Damit würde bei den
Referenzoffizieren eine Selbstjustiz begründet, wie
sie der Offizier im zivillichen Umgang erfährt,
und der Anfang damit gemacht, daß in Streit-
fällen rein bürgerlichen Charakters überhaupt
nicht mehr der „Referenzoffizier“ herangezogen
wird. Und damit wäre nicht nur den bürger-
lichen Interessen gedient, sondern auch denen der
Armee, der es nicht immer angenehm sein kann,
auch für das Verhalten des Referenzoffiziers im
bürgerlichen Leben verantwortlich gemacht zu
werden.
Die „Nat.-Lib. Corr.“ äußert sich in folgender
Weise:
Ohne Zweifel wird die Ordre, falls sie in
dem Sinne, in dem sie erlassen ist, gehandhabt
wird, den Zweck, den Zweifkämpfen der Offiziere
untereinander, „mehr als bisher“ vorzubeugen,
erfüllen. In allen Fällen, in denen nicht schon
durch den Ehrenrath die Beilegung der Streitig-
keiten erfolgt, werden die Entscheidungen, sei es
des Ehrenraths, sei es in den Fällen, daß der
Ehrenrath die Sache dem Ehrengericht überweist,
schließlich an den obersten Kriegsherrn, das
heißt den Kaiser selbst gelangen, und von diesem
ist es selbstverständlich, daß keine Entscheidung
bestätigt werden wird, welche dem Duellwesen
Vorschub leistet. Der Offizier, heißt es in der
Einleitung, muß es als „Moral“ erkennen, die
Ehre eines Anderen anzunehmen. Hat er hier-
gegen in Uebertretung oder Erregung gehandelt,
so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht
nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die
Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem
eine Erklärung oder Beilegung widerfahren ist,
die zur Veröhnung gebotene Hand annehmen,
soweit Standeshonour und gute Sitten es zulassen.
Wenn diese Anforderungen in den Kreisen des
Offizierskorps mehr und mehr die herrschenden
werden, so wird der Zweifkampf in der Armee
mehr und mehr außer Achtung kommen, nament-
lich wenn die Veröhnung der Verordnung von
1874, wonach Offiziere, welche die Ehre eines
Anderen in freierhändlicher Weise verletzen, in der
Armee nicht verbleiben können, streng gehand-
habt wird. Wenn man unter diesen Um-
ständen die Wirkung der Kabinettsordre vom
1. Januar d. J. abwarten muß, so ist es doch
selbstverständlich, daß die Bekämpfung des Duell-
wesens in Parlament und Presse auch weiter-
hin nicht ruhen darf.
Der Zustand, daß es auf dem Gebiete des
Duells eine doppelte Moral giebt, die Moral
der großen Masse des Volkes, für welche das
Gesetz gilt, und eine besondere Moral der oberen
Beamtenschaft, welche sich über Gesetz und Religion
ohne Weiteres hinwegsetzen dürfen, ist auf die
Donner untragbar. Auf alle Fälle wird es
nimmehr, falls die Regierung nicht selbst die
Initiative ergreift, Sache des Reichstags sein,
dem Duellwesen in bürgerlichen Kreisen durch
eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen
das Duell Einhalt zu thun.

Aus dem Reiche.

Der Staatssekretär des Innern Dr. von
Boetticher und der Justizminister Schöndorf

vollendeten beide gestern ihr 64. Lebensjahr. Der
Staatssekretär Dr. von Stephan vollendet
heute sein 66. Lebensjahr. — Wie aus Wies-
baden, 6. Januar, dröhnig gemeldet wird, ist
das Befinden des in Münchenheim an Gelenk-
rheumatismus erkrankten Prinzen Friedrich
Karl von Hessen immer noch unbefriedigend.
Die Taufe der am 6. November v. J. geborenen
Zwillingsprinzen ist daher noch immer nicht an-
beraumt; sie wird voraussichtlich in aller Stille
stattfinden. — Der Gesundheitszustand des deut-
schen Völkchens in London, Grafen Schafeldt,
soll, der „Westminster Gaz.“ zufolge, so mäßig
sein, daß er wahrscheinlich demnächst den Bot-
schafterposten niederlegen dürfte. Der Graf
wies im Seebad Brighton, wo er ein Haus bis
zum Frühjahr gemietet habe. — Wisemann,
der heute im Hamburger Kolonialverein sprechen
wollte, hat Krankheits halber abgelehnt. — Die
Nachricht, daß Dr. Peters die Absicht habe, vor
Erteilung des gegen ihn schwelenden Verfahrens
seinen Abschied aus dem Reichsdienst zu nehmen,
ist, wie wir bestimmt erfahren können, völlig
aus der Luft gegriffen. — Die Unternehmung
der nächsten Sitzung des Herrenhauses hängt
vornehmlich davon ab, wann das Abgeordneten-
haus das Vorschlagsgesetz in dritter
Lesung erledigt haben wird. Findet die An-
nahme dieses Gesetzes, wie vorausgesetzt werden
darf, bis spätestens zum 18. d. Mts. statt, so
dürfte das Herrenhaus etwa um den 22. d. M.
zusammenkommen. Die Präsidentenwahl und der
Kampf um das begehnte Gesetz lassen eine
starke Befegung des Herrenhauses erwarten. Die
Gegnerkraft gegen das Gesetz, welche im Früh-
jahr 1896 seinen Fall herbeiführte, ist zu einem
guten Theile auch durch die Veränderungen, welche
in der jetzigen Vorlage gegen die Beschlüsse des
Abgeordnetenhauses gemacht sind, nicht entworfen
und man wird auch bei den bevorstehenden Ver-
handlungen des Abgeordnetenhauses gut thun,
sich die Schwierigkeiten voll gegenwärtig zu
halten, welche im Herrenhaus auch jetzt
noch zu überwinden sind. Doch mit an Ein-
stimmigkeit grenzender Mehrheit gefasste Be-
schlüsse des Abgeordnetenhauses in dieser Hinsicht
von großem Werthe sein würden, wird ernstlich
nicht bezweifelt werden können. — Der Kom-
missionenkaplan Widiger, der bis 1893 stell-
vertretender Gouverneur unter Frhr. v. Soden
in Ostafrika und seit dem Tode Schmeiels im
März 1895 mit der Verwaltung der Kaubes-
hauptmannschaft im Neu-Guinea-Schutzgebiet be-
traut war, ist, wie die „Berl. N. N.“ melden,
in Berlin eingetroffen. Im September war der
Kaplan wegen Erkrankung von Kaiser-Wilhelms-
Land nach Java gereist und hat sich dort einige
Zeit mit seiner Familie zu Serabaga aufge-
halten; sein Gesundheitszustand ist jetzt ein
guter. Er wird nicht nach Neu-Guinea zurück-
kehren, da die Neu-Guinea-Kompagnie in jedem
Falle ihre Verwaltung dort einschränken und
seinen Landeshauptmann mehr ernennen wird.
Zunächst wartet sie ab, welche Aufnahme die
Neu-Guinea-Vorlage im Reichstage diesmal
finden wird. In burschen Kreisen gilt es für
wahrscheinlich, daß der Kommissionskaplan Widiger
weiter im Kolonialdienste Verwendung finden
wird. — In einer Petition hat die Handels-
kammer von Wiesbaden als Vertreterin eines
Bezirks, in welchem Handel und Industrie mit
der Landwirtschaft aufs engste verbunden sind
und die letztere eine sehr blühende zu nennen ist,
den Bundesrath gebeten, im Interesse beider ge-
nannten Erwerbsgruppen zu beschließen, daß
Fabrikanten und Händler mit landwirtschaft-
lichen Maschinen und Geräthen auf Grund
der nach § 44a der Gewerbeordnung erteilten
Legitimationskarte auch außerhalb des Gemein-
bezirks ihrer gewerblichen Niederlassung, sofern
diese im Inlande liegt, persönlich oder durch
Reisende ohne vorgängige ausdrückliche Auffor-
derung Vorstellungen bei Privatpersonen anzu-
bieten. — In Wiesbaden verstarb am Montag
im 74. Lebensjahre nach längerem Kranken-
thum a. D. Rudolf Freiherr von Wlars-
Gleichen. — Der Senior der deutschen
Bürgermeister, der 84jährige Bürgermeister
Winter zu Womburg a. d. E., feierte am Neu-
jahrstage sein 60jähriges Amtsjubiläum, aus
welchem Anlaß ihm der Räte Abbeordneten
dritter Klasse verliehen wurde. — Der japanische
Generalmajor Seki Teramichi ist vor
einigen Tagen über Wien wiederum in Berlin
eingetroffen. Er geriet noch bis zum März
oder April d. J. in Deutschland zu verbleiben,
um das deutsche Heerwesen eingehend kennen zu
lernen. — Der Wahlverein der Liberalen
(freisinnige Vereinigung) in Wiesbaden hat
beschlossen, für die bevorstehende Abgeordneten-
wahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen,
sondern jedem Mitgliede zu überlassen, ob es sich
an der Wahl beteiligen wolle.

Berlin, 7. Januar. Die Verpflichtung der
gewerblichen Unternehmer ist in Deutschland durch
die Begründung der Unfallversicherung nur ver-
mindert, aber nicht beseitigt worden. Ein großer
Theil der Unternehmer hat sich gegen die etwaigen
folgen der noch bestehenden Verpflichtung bei pri-
vatn Verversicherungsgeellschaften gestellt; in weiten
Kreisen besteht indes die Ansicht, daß es noch
zweckmäßiger sei, wenn den Berufsangehörigen
schaffen die Möglichkeit gegeben würde, ihrerseits
das noch vorhandene Verpflichtungsrisiko zu decken.
Diesen Betreuungen und überhaupt einer sach-
gemäßen Lösung der Verpflichtungsfrage stand bisher
die Schwierigkeit entgegen, daß über die tat-
sächliche Bedeutung der noch vorhandenen Ver-
pflichtung zuverlässiges Material nicht zur Verfügung
stand. Jetzt ist die Schwierigkeit beseitigt. Der
„Deutsche Verpflichtungs-Schwerd.“ hat im Laufe
des verfloßenen Jahres durch Vermittlung der
Berufsgenossenschaften umfangreiche Erhebungen
über das tatsächliche Vorkommen von Ver-
pflichtungsfällen sowie von Regreßfällen (gemäß § 96
bis 98 des Unfallversicherungsgesetzes) angestellt,
und das Ergebnis dieser Erhebungen liegt jetzt
in einer kleinen Schrift vor, die unter dem Titel
„Die Verpflichtung der gewerblichen Unternehmer in
Deutschland“ (im Verlage von Siemens und
Troedel, Berlin) liegen erschienen ist und Prof.
Dr. N. van der Voort (Maaßen) zum Verfasser
hat. Die Schrift, die das große Material sehr
gründlich nach allen Richtungen hin rein wissen-
schaftlich unterzucht, giebt überraschende Auf-
schlüsse insbesondere über die Verbreitung und
die Kosten der Verpflichtungsversicherung und über
die Bedeutung der Verpflichtungslasten gegenüber den
Berufsgenossenschaftlichen Entschädigungen und

Umlagen. Für die Frage der Reform der Unfall-
versicherung und nicht minder für das praktische
Verhalten gegenüber der Verpflichtungsfrage ist die
vorstehende Arbeit von der größten Bedeutung
und wird nicht verfehlen, in weiten Kreisen Auf-
sehen zu erregen. Zeigt sie doch — um nur
Eins hervorzuheben —, daß die Verpflichtungsfrage
für den einzelnen Unternehmer zwar vernachlässig-
bar sein kann, aber für die Gesamtheit der Unter-
nehmer selbst bei hoher Berechnung der Ver-
pflichtungslasten die Umlagen nur um ca. 3 Prozent
steigern würde, während die Versicherungsprämien
1894 im Durchschnitt über 13 Prozent der Um-
lagen (auf gleiche Arbeiterzahl umgerechnet) aus-
machten.
— Die Wahlen zum Vorstand der Pro-
duktionsbörse sind gestern nicht zu Stande ge-
kommen, da von den Mitgliedern der Produktionsbörse
keine Stimmen abgegeben worden sind und die
vom Vorkomitee ernannten Mitglieder eine
Wahl bekanntlich abgelehnt haben.
— Vor einiger Zeit ist das Gerücht aufge-
taucht, die russische Regierung sei geneigt, die
Einführung der Goldwährung zu verweigern.
Manche wollen darin den Einfluß des bimetallisti-
schen französischen Ministerpräsidenten auf die
russische Regierung sehen, so daß die Maßregel
die russischen Finanzen als ein Ergebnis der russi-
schen französischen Entente darstellte. Auch auf dem
Goldmetallmarkt in London hat, nach dem Be-
richte der weltbekannten Maklerfirma Bixley und
Abell, in der letzten Woche des verfloßenen
Jahres die Nachricht von einer Verschiebung der
russischen Währungsreform für die nächste Zeit
verlautet; die Aussicht auf die Einstellung der
russischen Goldkäufe hat dort sogar einen
kleinen Rückgang des Goldpreises auf dem
offenen Markt veranlaßt. Da das Gerücht be-
gründet ist, muß dahingestellt bleiben. Von
einer Sinnesänderung des russischen Finanz-
ministers ist nicht die Rede, Thatsachen sind bis-
her auch nicht bekannt geworden. Die Bank von
Frankreich hat vielmehr gerade noch im letzten
Vierteljahr 1896 ihren Goldvorrath beträchtlich,
um rund 80 Millionen Mark, vermehrt; im
Laufe des ganzen Jahres 1896 ist der dort
liegende Goldvorrath, welcher theils der Bank,
theils der russischen Regierung gehört, sogar um
220 Millionen Mark gestiegen, so daß er jetzt
den Gesamtbetrag der umlaufenden Noten nicht
unwesentlich übersteigt. Sollte Rußland trotz
dieser günstigen Lage gerade jetzt den Ueber-
gang zur Goldwährung sistiren und seine Gold-
käufe vorläufig einstellen, so würde dies vor
Allem Oesterreich-Ungarn zu Gute kommen,
indem es ihm die Vollendung seiner Währungs-
reform in sehr wirksamer Weise erleichtern
würde.
— Wie die südafrikanische Zeitung berichtet,
wurde Professor Robert Koch, der zum Studium
der dort grassirenden Kinderpest nach der Kap-
kolonie berufen wurde, mit seinem Begleiter
Dr. Roghstod im deutschen Vereine von Kap-
stadt, der „Germania“, feierlich empfangen. Die
Kap-Regierung war offiziell durch ein Mitglied
des Ministeriums, Dr. Le Water, vertreten.
Der deutsche General-Konsul Freiherr v. Schud-
mann wies auf die hohe Ehre hin, die dem
deutschen Namen durch die Berufung Kochs ge-
schien. Der Präsident der „Germania“, Dr.
Gieseler, hob die großen wissenschaftlichen Ver-
dienste Kochs hervor. In seiner Erwiderung
erwähnte Koch, daß der festliche Em-
pfang, der ihm in Kapstadt geworden, in ihm
Erinnerungen an einen ähnlichen Empfang wach-
rufe, der ihm vor Jahren in Kalkutta von den
indischen Landesleuten zu Theil wurde, als er zum
Studium des Wesens der Cholera nach Indien
entendet worden war. Er sei von dem Ge-
danken befeet und hoffe, daß, so wie ihm die
Mission vor zwölf Jahren gelungen sei, er auch
die Aufgabe, zu der er jetzt berufen wurde, zu
lösen im Stande sein werde.

Leipzig, 4. Januar. Durch die am 1. April
d. J. in der Armee bevorstehende Umformung
der Infanterie werden der infanterie 12. Armeekorps
ein Infanterie-Brigadestab und drei Regi-
mentsstäbe neu hinzutreten. Wie verlautet, werden
der Brigadestab nach Dresden und die Re-
gimentsstäbe nach Dresden, Leipzig und Rammeg
gelegt werden. Die neu zu formirenden Infan-
terieregimenter werden aus den vierten Ba-
taillonen der bisherigen Regimenter, und zwar so
gebildet, daß je zwei Bataillone zu einem
Volldbataillon zusammengefaßt werden und zwei
Volldbataillone ein neues Regiment bilden. Die
beim diesjährigen Armeekorps jetzt vorhandenen
zwei Infanterieregimenter Nr. 100 bis 103,
133 (neugebildet 1881), 134 und 139 (neugebil-
det 1887) werden nach Abgabe ihrer vierten Ba-
taillone je drei und zwei neuen Regimenter je zwei
Volldbataillone einzuwählen haben. Das 12.
Armeekorps, als das nunmehr stärkste der
deutschen Armee, befaßt demnach vom 1. April an
ausgesamt über 15 Regimenter Infanterie, 6 Re-
giment Kavallerie, 3 Regiment Feldartillerie,
einschließlich 1 reitenden Artillerie, 1 Regiment
Feldartillerie mit 9 Kompanien, 1 Bataillon
Granat mit 4 Kompanien, 3 Bataillone Jäger
und über 1 Bataillon Bataillon zu 6 Kompanien,
wiewohl unterhalb im Friedensverhältnis das
105. Infanterie-Regiment und das Fußartillerie-
Regiment dem 15. bzw. 16. Armeekorps.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Januar. Nach längerer Krank-
heit ist heute der Sektionschef von Papay, der
Kabinettssekretär des Kaisers, 73 Jahre alt, ge-
storben. Papay war der Vertrauensmann des
Kaisers in allen ungarischen Angelegenheiten und
auch bei den leitenden Persönlichkeiten ungar-
ischer Politik; er war der Verfasser aller ungar-
ischen Ansprachen des Kaisers, darunter jener
an das ungarische Parlament anlässlich der
Jubiläumstafel.

Frankreich.

Paris, 5. Januar. Der ozeanische So-
lei hat in der letzten Zeit eine Reihe von
Beitritten veröffentlicht, welche sich, gestützt auf
amtliche Dokumente, mit dem Verfall des fran-
zösischen Handels befaßigten und abwechselnd
von dem Chefredakteur de Reuchant und Urbain
Böhler gezeichnet waren. Heute schreibt Böhler
wieder resümirend über den gleichen Gegenstand.
Im Jahre 1895 erreichte der französische
Exportanbel die Höhe von 3 Milliarden 376
Millionen, der deutsche 4 Milliarden 144 Milli-
onen. Nach vor zwanzig Jahren überstieg die

Ziffer der französischen Ausfuhr die der deutschen
um 800 Millionen. Seitdem haben wir 400
Millionen jährlich eingebüßt und haben die deut-
schen 1200 Millionen gewonnen. Vor zwanzig
Jahren war die französische Handelsflotte der deut-
schen stark überlegen. Jetzt vereinigen unsere
Segelschiffe nur 253 000 Tons, die deutschen aber
567 000 Tons, unsere Dampfschiffe 492 000 und
die deutschen 953 000 Tons. Die
Deutschen haben uns von den Märkten verdrängt,
wo wir früher allein herrschten, sie schlagen uns
in unseren eigenen Kolonien und sogar in Frank-
reich führen sie den Kampf mit Aussicht auf
Erfolg. Solche Niederlagen, die sich von Tag
zu Tag wiederholen, von Jahr zu Jahr an Um-
fang zunehmen, sind schlimmer, als alles Kriegs-
unglück. Sie verurtheilen weniger Völkern, aber
sie führen den Völkern den Ruin entgegen,
hungen es laus, läßten und tödten es. In
parlamentarischen Dokumenten kann man lesen,
unser Niederlagen von 1870 hätten das wirt-
schaftliche Sedan verschluckt, dem wir entgegen-
eilen, und dann heißt es wohl weiter, nur die
Hebung unseres kriegerischen Prestiges könne den
französischen Handel wieder zur Blüthe bringen.
Das will heißen, das Kriegsbudget müsse unauß-
sprechlich erhöht werden, man könne nicht genug
neue Milliarden in den gähnenden Abgrund
werfen. Damit schlägt man uns vollends
tödt. . . . Im solche Wärschen zu erfinden, muß
man ein republikanischer Abgeordneter sein. Wenn
Wilde oder billige Menschen, unsere Unter-
thanen in Madagaskar, Senegal oder Indo-
China, wie unsere ehemaligen Kunden auf den
Antillen, in Mittelamerika und Südamerika
etwas kaufen, so fragen sie nicht nach der Mi-
litärmacht des Verkäufers, sondern nach dem
Preis und der Qualität des Kaufobjekts. Wenn
sie deutsches Produkt dem unjenseigen vorziehen,
so eignet sich dieses eben besser für ihre Bedürfnisse
und es ist billiger. Warum die deutschen Pro-
dukte sich besser eignen, das kann man den Be-
richten der französischen Konsuln entnehmen. Die
deutschen Fabrikanten haben überall ihre Agenten,
die Handelsreisenden, welche den Wünschen
der Kunden für die Lieferungen und den Zah-
lungsmodus nachkommen und sich genau nach
ihrem Geschmacke erkundigen. Die französischen
gehen ihren eigenen Weg bei der Befertigung
ihrer Ergebnisse wie bei der Lieferung und
sagen: „So hatten wir es. Wenn unser Pro-
dukt nicht gefällt, so braucht man es nicht zu
nehmen“ — und man nimmt es ihnen auch nicht
ab. Das entscheidende Moment bleibt aber der
Preis, und die französischen Produkte sind zu
theuer. Sie sind zu theuer, weil die Steuerlast
uns erdrückt, weil unsere Zollgesetze den
Lebensunterhalt, die Nothstoffe, die Arbeitslöhne
vertheuern haben, weil wir unsere Kräfte und
unsere Hilfsmittel in Kolonialkriegen und in der
Vorbereitung des europäischen Krieges vergeuden.
Wenn wir 500 Millionen ausgeben, um Ton-
kin zu erobern, so muß unsere Industrie dafür
so schwere Zuschlagsteuern erdulden, daß sie
außer Stande ist, billige Fabrikate für die Kon-
sumenten auf den Markt zu bringen. Die Deutschen
suchen daraus Nutzen, weil sie von den Vätern
nicht spüren, und überall, auf der ganzen Erde
wiederholt sich diese Erscheinung. Frankreich
leidet nicht, weil es in einem bestimmten Kriege
besiegt worden ist, sondern weil es immer den
Krieg gelebt hat, weil es noch beständig den
Krieg führt und Alles opfert für die Vorbereitung
eines entscheidenden Krieges. Ohne Zweifel
ist es klug, sich darauf zu rüsten, aber man darf
ihm nicht Alles opfern, nicht die Gesamtheit
am Sterben verurtheilen, damit sie nicht ge-
tödtet werde.

Ein Kommentar bedürfen diese Ausfüh-
rungen des Pariser Blattes jedenfalls nicht.

Rußland.

Petersburg, 6. Januar. Die Getreide-
bungen für die Nothbedürfnisse in Indien beginnen
seit dem 30. Dezember in großen Partien in
Odesa einzutreffen.
Dem Vernehmen nach ist die Reise des
gestern eingetroffenen russischen Gefandten Grafen
Muraiew hierher auf einen Befehl des Kaisers
zurückzuführen.

England.

London, 5. Januar. Ein merkwürdiger
Parlamentarier, der trotz seines hervorragenden
politischen Amtes nur in ganz engem Kreise
bekannt war, ist gestern am Leben geschieden.
Es ist Mr. Joseph Milner, Vorkämpfer des
Parlamentes der Insel Man. Diese kleine Insel
an der Westküste Englands gehört wohl dem
Grafen von Hamilton, hat aber ihre selbstständ-
ige Parlament, das den burschen Namen „Haus
der Schiffe“ führt und zweimal im Jahre zu-
sammentritt. Weder der Graf, noch die britische
Zentralregierung wagt es, diese altemwürdige
Institution, die schon seit der römischen Invasion
besteht, demnach das älteste Parlament der Welt
ist, anzutasten. Mr. Milner selbst hat die
romantischen Schicksale hinter sich. Als Sohn
eines armen Fährers, wanderte er als junger
Mann nach Südafrika aus. Dort hatte er das
Glück, ein Diamantlager zu entdecken, wodurch er
mit einem Schlage einflußreicher Millionär wurde.
Er lebte nach seiner Heimathin zurück und
widmete sich ganz seinen Landeuten, die ihn
zum Danke von Jahr zu Jahr zum Präsidenten
ihres Sonderparlamentes erhoben.

Der Vater des englischen Parlamentes,
Willers, feierte am Sonntag seinen fünfundsünf-
zigsten Geburtstag in ungetrübtem Wohlfühlen.
Willers ist der älteste Parlamentarier der Gegen-
wart. Seit 1826, also siebenzig Jahre, ist der
rühmliche Mann ununterbrochen Mitglied des Unter-
hauses.

Afrika.

Eine rücksichtslose Eroberung seiner Pläne
hat Cecil Rhodes in Südafrika gescheitert, ehe
er sich nach Europa begeben hat. Nach einem
Telegramm des „Neuerlichen Bureau“ hat er
am Dienstag Abend bei dem in Kapstadt veran-
stalteten Abschiedsbanquet eine Rede gehalten,
welche geeignet erscheint, die Buren zur Wachsam-
keit gegen neue Ueberfälle auf die südafrikanische
Republik und auf den Stand der Dinge im
Orangefreistaat zu mahnen. Cecil Rhodes er-
klärt zunächst, er habe die Afrika-Reise nach Europa
nicht von Weiraus angetreten, weil er be-
schlossen habe, seine Abreise nach Afrika
zu beschleunigen. Er bestritt, daß er zu Kundgebungen
aufgenommen habe; er könne nicht verhindern

